



SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonen	2/3	Page Romande	10	Seite der Präsidentin	18	Digitalisierung Schule	20
Neue Präsidentin FDP Frauen	6	Rückblick DV Freiburg	12/13	Buch «Die Durcheinanderwelt»	19	Tag der FDP 2017	24

39. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

Inhalt

Militär attraktiver gestalten

Der Milizgedanke sichert die enge Verbindung zwischen Gesellschaft und Armee und stärkt den nationalen Zusammenhalt. Zumal die Basis jedoch zunehmend erodiert, plädiert Nationalrat Marcel Dobler dafür, dass neue Modelle erdacht werden müssen, um den Militärdienst attraktiver zu gestalten.

Seite 11

Energiestrategie 2050

Die Schweizer Stimmbevölkerung wird am 21. Mai über das neue Energiegesetz abstimmen. Die Vorlage enthält positive wie negative Aspekte. FDP.Die Liberalen hat sich vor einer kritischen Debatte nicht gescheut und nach intensiven internen Diskussionen schliesslich die Ja-Parole gefasst, weil für die Mehrheit die positiven Aspekte überwiegen.

Seiten 14 und 15

Perle aus dem Archiv

Wie sah die freisinnige Politik in der Vergangenheit aus? In einem Beitrag zeigen wir anhand der Bildungspolitik der 70er- und 80er-Jahren auf, welche Positionen die Freisinnigen schon vor rund 40 Jahren vertraten.

Seite 21

Rentenreform

Abstimmung Altersvorsorge 2020



Für FDP.Die Liberalen war von Anfang an klar, dass sie eine Rentenreform will, jedoch nicht zu jedem Preis. Das Ziel der Reform lag darin, das Rentenniveau zu sichern und beide Säulen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen. Die FDP-Fraktion hat sich deshalb bis zum Ende für eine finanziell nachhaltige, generationengerechte und solidarische Reform eingesetzt. Von diesem Ziel ist am

Schluss nichts übriggeblieben: Trotz unserer Kompromissbereitschaft hat eine Mitte-links-Allianz leider erfolgreich ihre unsolidarischen und ungerechten Scheinlösungen durchgeboxt. Die Mehrheit im Parlament zog es letztlich vor, mit der Giesskanne Geld zu verteilen, statt unbeliebte Sparmassnahmen zu beschliessen. Das Ergebnis der Beratungen ist ernüchternd: Ein Rentenausbau in der

1. Säule, der uns auf dem Hintergrund der demografischen Entwicklung teuer zu stehen kommt und eine Zwei-Klassen-AHV schafft. Die FDP wird mit aller Kraft dafür kämpfen, dass unsere Sozialwerke künftig auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden.

Seiten 16 und 17

Liberaler Werte verteidigen

Unsichere Zeiten

Liberaler Werte und Überzeugungen geben besonders in unsicheren Zeiten Halt und Orientierung. Ich suche in diesem Beitrag nach den Unterschieden national-konservativer und liberal-freiheitlicher Politik.

Christian Marti,
Gemeindepräsident Glarus und
Landrat FDP. Die Liberalen

Sicher geglaubte Gewohnheiten geraten weltweit ins Wanken: Die neue Administration im Weissen Haus experimentiert mit uramerikanischen Freiheitswerten, Nordkoreas Machthaber testet Rakete um Rakete, verschiedene Staaten im mittleren Osten zerfallen im Bürgerkrieg und die Türkei scheint sich in Richtung Diktatur zu verabschieden. In Europa geht das vereinigte Königreich den Brexit-Weg, während in unserem östlichen Nachbarland ein rechtspopulistischer «Freiheitlicher» fast zum Staatspräsidenten gewählt wurde. In Frankreich



Christian Marti

setzt eine ebenso rechtskonservative Frontistin zum Sprung ins Élysée an, und in Deutschland bangt die Union um ihren Führungsanspruch in der Regierungskoalition.

Aus liberaler Sicht bereitet die aktuelle Weltlage und insbesondere die

Situation in Europa Sorge. Allen Entwicklungen ist gemeinsam, dass nationalkonservative Werte und Persönlichkeiten die politische Diskussion prägen. Was bieten diese Führungspersonen den Menschen an: Existenzangst, Abschottung, Wut oder gar Hass, den Glanz vergangener Tage, Abgrenzung, ab und zu gemischt mit Fremdenfeindlichkeit. Kurz: National-konservative Führungspersonen bauen auf negative Verlustängste der Menschen.

Dass sich Menschen auf diese Art und Weise mobilisieren und politisieren lassen, zeigt die Geschichte beängstigend deutlich auf und ist aufgrund der menschlichen Missstände auf unserer Welt auf den ersten Blick nachvollziehbar. Vereinbar mit einer

offenen Gesellschaft ist das jedoch nicht.

Wie antworten Liberale auf diese Entwicklung? Sie betonen das Verbindende, nicht das Trennende. Liberale Führungspersonen argumentieren mit konkret notwendigen Verbesserungsmaßnahmen gegen reale Probleme. Lösungen für Menschen und Staaten brauchen eine optimistisch-positive Grundhaltung, welche die Freiheit und die Stärken des Individuums ins Zentrum stellt. Wir Liberalen glauben an die Menschen, ihre positiv gestaltende Kraft und die Kraft der freiheitlichen Demokratie. Freiheit und Verantwortung sind wichtiger denn je. Und das Schönste daran: Liberale sind echte Patrioten. Aus Liebe zur Schweiz.

Neuer Präsident FDP Aargau

Herzlichen Glückwunsch, Lukas Pfisterer!

Die FDP Aargau hat einen neuen Präsidenten: Lukas Pfisterer, Grossrat und Rechtsanwalt aus Aarau, folgt auf Matthias Samuel Jauslin, der das Amt nach dreieinhalb Jahren abgegeben hat. Der Aargauer Parteitag verabschiedete Jauslin am 6. April in Wohlen und wählte Pfisterer einstimmig und mit grossem Applaus.

Kaspar Schoch,
Geschäftsführer FDP Aargau

Er habe nicht schlecht gestaunt, als er bereits am Morgen in der «Aargauer Zeitung» lesen konnte, wen er am selben Abend an die Spitze der FDP Aargau gewählt haben wird, eröffnete Tagespräsident Ernst Kistler das Traktandum «Wahl eines neuen Parteipräsidenten» am Parteitag vom 6. April im bis auf den letzten Platz besetzten Chappelhof in Wohlen. Doch so selbstverständlich das Aargauer Leitmedium im Porträt von Lukas Pfisterer dessen erfolgreiche Wahl vorwegnahm, so unbestritten wurde er von den Aargauer Freisinnigen tatsächlich zum Parteipräsidenten ernannt: einstimmig und mit tosendem Applaus.



FDP Aargau wählt Lukas Pfisterer zum neuen Präsidenten ...

Seit bald 25 Jahren politisiert der 43-jährige Rechtsanwalt für die FDP, war Präsident der Jungfreisinnigen Aargau, Einwohnerrat, ab 2006 dann Stadtrat und ab 2013 Grossrat. «Die FDP ist keine elitäre Partei mit einseitigem Fokus. Glaubwürdig sind wir, weil wir für den starken Wirtschaftsstandort eintreten. Wir sind auch eine



... und schickt Matthias Samuel Jauslin auf den Relax-Sessel.

Partei, die den Menschen ins Zentrum stellt, für soziale Sicherheit und Gesundheit kämpft und mit Natur und Umwelt verantwortungsvoll umgeht», brachte Pfisterer sein liberales Verständnis auf den Punkt.

Matthias Samuel Jauslin hatte seinen Rücktritt im letzten Dezember angekündigt mit der Begründung, dass

er sich inskünftig noch intensiver auf sein Nationalratsmandat konzentrieren möchte. Ausserdem ermögliche ein Rücktritt zu diesem Zeitpunkt seinem Nachfolger, sich mit genügend Anlaufzeit auf die Wahlen 2019 vorzubereiten. «Mut zur Lücke», definierte Jauslin damals nach seiner Wahl im Oktober 2013 das Motto seiner Präsidentschaft. Rückblickend war sein Engagement für die FDP Aargau aber ziemlich lückenlos: vorausschauend, gewissenhaft, allgegenwärtig. Jauslin hat die Partei vorwärtsgebracht. Die Aargauer Freisinnigen bedankten sich mit stehenden Ovationen und einem bequemen Relax-Sessel, den Jauslin sofort in Beschlag nahm: Durch den Rest des Programms führte er entspannt in bequemer Sitzposition.

Positive Bilanz

Der Aufwärtstrend hält an

In mehreren Kantonen standen in diesem Frühjahr kantonale Gesamterneuerungswahlen an. Insgesamt bleibt die Bilanz für FDP. Die Liberalen dabei positiv.

Im Frühjahr 2017 waren die Bevölkerungen der Kantone Solothurn, Wallis, Neuenburg und Waadt dazu aufgerufen, ihre Exekutive und Legislative neu zu bestimmen. Zudem stand in Appenzell Ausserrhoden eine Ersatzwahl im Regierungsrat an. Die FDP trat in allen Kantonen an und durfte sich berechnete Hoffnungen auf Sitzgewinne machen.

Viele Köpfe für einen Sitz

Für den freiwerdenden Sitz der FDP-Regierungsrätin Mariann Koller-Bohl in der Regierung von Appenzell Ausserrhoden bewarben sich gleich vier Kandidierende. Im ersten Wahlgang konnte niemand das absolute Mehr auf sich vereinen. Der Kandidat der FDP, Dölf Biasotto, erzielte jedoch das beste Resultat. Diese gute Ausgangslage wusste der 55-jährige Bauingenieur der ETH Zürich aus Urnäsch zu nutzen. Im zweiten Wahlgang liess Dölf Biasotto seine Konkurrenz deutlich hinter sich und wurde mit einem überzeugenden Resultat zum neuen Regierungsrat gewählt.

Überraschung im Wallis

Dass das Wallis immer gut für Überraschungen ist, zeigte sich auch bei den Gesamterneuerungswahlen Anfang März. Während die Parlamentswahlen für die FDP mit einem Verlust von 2 Sitzen im Grosse Rat unerfreulich verliefen, schaffte mit Frédéric Favre der FDP-Kandidat überraschend den Einzug in den Staatsrat auf Kosten der SVP.

Dem Linksrutsch getrotzt

Auch die Solothurner Bevölkerung war aufgefordert, ihre Exekutive und Legislative neu zu bestimmen. Dabei kam es im Parlament zu einem Linksrutsch, dem die FDP dank einem überzeugenden und engagierten Wahlkampf mit glaubwürdigen und vielseitigen Kandidaten trotzen konnte.



Dölf Biasotto hat erfolgreich den Sprung in den Regierungsrat geschafft.

Mit unverändert 26 Sitzen im Parlament ist die FDP immer noch die grösste Fraktion.

Den Beweis für seine gute Arbeit im Regierungsrat erhielt Remo Ankli mit dem besten Resultat im ersten Wahlgang. Marianne Meister, die antrat, um den Sitz der zurückgetretenen FDP-Regierungsrätin Esther Gassler zu verteidigen, schlug sich trotz diverser Angriffe von allen Seiten wacker. Im zweiten Wahlgang fehlte es ihr aber leider an der Unterstützung des bürgerlichen Lagers, und so musste sich die FDP Solothurn leider den Verlust ihres zweiten Regierungsratsmandats eingestehen.

Plus 8 Sitze in Neuenburg

Am 2. April erhielt die FDP Neuenburg ihren verdienten Lohn für einen engagierten und vielseitigen Wahlkampf. Gleich 8 neue Sitze im kantonalen Parlament konnte sie für sich

verbuchen. Damit hat sie ihren Vorsprung als stärkste Fraktion deutlich ausgebaut. Das Resultat zeigt, dass die FDP in Neuenburg überzeugende Arbeit leistet und der intensive Kontakt mit der Bevölkerung zum Erfolg führt.

Von den 11 Regierungsratskandidaten erreichte im ersten Wahlgang keiner das absolute Mehr. Während die beiden bisherigen Regierungsräte der FDP mit dem zweit- und drittbesten Resultat abschlossen, erreichte die neu antretende Isabel Weber als Sechste mit nur rund 5000 Stimmen Abstand zu Platz fünf ein sehr gutes Ergebnis. Sie entschloss sich jedoch, nicht zum zweiten Wahlgang anzutreten. Da sich auch die anderen Kandidierenden zurückzogen, sind die bisherigen fünf Regierungsräte in stiller Wahl gewählt.

2. Wahlgänge und Wahlen in der Waadt

Nach Redaktionsschluss dieses «Frei-

sinns» wird sich im Kanton Waadt zeigen, ob die Trends dieses Frühjahres – Sitzgewinne für die FDP, Verluste für die SVP und tendenzielle Zunahme für links – anhalten werden.

Verdienter Lohn

Die Resultate sind Ausdruck der hervorragenden Basisarbeit und Politik, welche in den Kantonalparteien in den letzten Jahren geleistet wurde. Mit neuen Ideen, viel Engagement, Kreativität und Hartnäckigkeit setzen sich die Kantonalparteien für die liberalen Werte Freiheit, Gemeinnutzen und Fortschritt ein. Dass sie damit überzeugen und die Bevölkerung die weitsichtige und pragmatische Arbeit der FDP-Vertretungen schätzt, spiegelt sich in den Resultaten.

Diesen Schwung gilt es nun weiterzutragen und bis zu den nationalen Wahlen 2019 auszubauen.

Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben

E-Government – es geht vorwärts, wenn auch «yavaş yavaş»

Seit einigen Jahren lebe ich in der Türkei und habe hier bald das türkische Alltagsmotto «yavaş yavaş» kennengelernt, also in etwa «nur schön langsam, allmählich, Schritt für Schritt». «Yavaş yavaş» geht es auch vorwärts mit den Bestrebungen Richtung E-Government in der Schweiz.

Helen Freiermuth,
Vorstandsmitglied
FDP.Die Liberalen International

Das Positionspapier «Chancen der Digitalisierung», welches die FDP-Delegierten im November 2016 verabschiedet haben, befasst sich mit der Digitalisierung der Wirtschaft, des Wissens, der Infrastruktur und, eben auch, der Verwaltung. Dank E-Government, also der elektronischen Abwicklung von Geschäften mit der Verwaltung, sollen die Gänge zu den Behörden auf ein Minimum reduziert werden. Das ist auch eine zentrale Forderung der FDP International, wie sie in ihrem Bericht zur Umfrage über die konsularischen Dienstleistungen von 2015 festhält. Konkret: Online-Dienstleistungen müssen ausgebaut werden.

Erfreuliche Entwicklungen für Auslandschweizer – der EDA-Online-Schalter

Nachdem beim EDA bereits vor einigen Jahren der «Guichet unique» für Anliegen der Auslandschweizer als One-Stop-Shop eingeführt wurde und seit 2012 die 24-h-Helpline in Betrieb ist (wir berichteten an dieser Stelle), gibt es neu auch den EDA-Online-Schalter unter www.eda.admin.ch.

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer haben am Online-Schalter die Möglichkeit, konsularische Dienstleistungen wie zum Beispiel die Anmeldung ins Auslandsschweizerregister, Änderungen des Zivilstands, Adressänderungen und Weiteres vorzunehmen. Dieses Angebot ist neu und ergänzt die bereits seit längerem bestehenden Online-Schalter für Ausweisbestellungen (www.schweizerpass.ch) sowie die



Helen Freiermuth

Einreichung von Gesuchen für Visa (www.swiss-visa.ch). Die Registrierung läuft entweder per Anmeldung mit Username/Password oder per Anmeldung mit SuisseID.

Jürg Burri, Vorsteher der Konsularischen Direktion beim EDA, sagt

dazu: «Bis Mitte Februar konnten wir über 2500 Schalter-Kunden registrieren. Nachdem der Schalter anfänglich noch limitierte Optionen, z. B. bei den Bezahlungsmöglichkeiten, aufwies, ist er nun operationell, und wir werden ihn zunehmend aktiv bewerben.

Neben den 90 Konsularabteilungen, den 51 Einsatzorten der mobilen Passstation und den kantonalen Passämtern haben wir nun ausgebaut Internet-Dienstleistungen für unsere stetig wachsende Auslandschweizer-Gemeinschaft.»

E-ID, E-Signature

Um die bestehenden und hoffentlich bald kommenden digitalen Anwendungen zu nutzen, ist eine sichere und zuverlässige elektronische ID und Unterschrift unabdingbar. Dass der Bundesrat nun, vor allem auf Druck der FDP, zur flächendeckenden Einführung und Implementierung eines zukunftsweisenden Systems den gesetzlichen Rahmen definieren will, begrüßen und unterstützen wir. «Yavaş yavaş» könnten so E-Government, aber auch E-Commerce, in Gang kommen.

Und E-Voting?

Bereits 2012 habe ich in einem «Freisinn»-Beitrag E-Voting als Dauerbrenner auf der Forderungsliste der FDP International bezeichnet. E-Voting würde die Teilnahme bei Wahlen und Abstimmungen für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer massiv erleichtern, in vielen Fällen gar erst ermöglichen. E-Voting wäre aber auch schlicht ein Zeugnis einer modernen und digitalisierten Schweiz. Es ist an der Zeit, endlich in allen Kantonen die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, beim Seilziehen um das richtige System das Vertrauen der Bevölkerung nicht unnötig aufs Spiel zu setzen und die Einführung von E-Voting unter Berücksichtigung der kantonalen Hoheit in Abstimmungsangelegenheiten zügig voranzutreiben – aus Liebe zur Schweiz!

Kongress

Erfolgreicher Kongress der Jungfreisinnigen

Vom 31. März bis 2. April fand in Lausanne der Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz statt. Unter dem Motto «Öffnung anstelle von Abschottung» diskutierten fast 200 Jungfreisinnige aus dem ganzen Land über die Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa, das neue Energiegesetz oder die Digitalisierung. Zudem wurden Jill Nussbaumer (ZG) und Louise Morand (GE) neu in den Vorstand gewählt.

Maja Freiermuth, Generalsekretärin Jungfreisinnige

«Lasst uns offen sein gegenüber den Herausforderungen und Aufgaben, die auf uns zukommen, und lasst uns zusammen das Beste daraus machen. Das Beste für uns, die Jungfreisinnigen, die freisinnige Familie und die FDP. Denn ohne uns fehlt dem Freisinn seine Ausbildungsstätte und liberale Speerspitze und vielen von uns ein zweites Zuhause.» Dieses Statement findet man in der Ansprache des Präsidenten der Jungfreisinnigen, Andri Silberschmidt, an die anwesenden Jungfreisinnigen am diesjährigen Kongress. Kurz zuvor hatte Rasoul Jalali (General Manager Uber CH/AU/DE) sein Wort an die Anwesenden gerichtet und einige dieser Herausforderungen im Hinblick auf die Veränderungen im urbanen Verkehr erläutert. Offenheit spielt bei Themen wie Veränderung oder Digitalisierung eine grosse Rolle. Die Politik muss Grundlagen schaffen, um fortschrittlichen Prozessen den Weg zu ebnet und Rahmenbedingungen setzen, welche den Fortschritt nicht einschränken, sondern weiter bestärken. Dafür stehen die Jungfreisinnigen Schweiz ein.

Am Samstagnachmittag wurden verschiedene Aspekte des Mottos «Öffnung anstelle von Abschottung» in mehreren Workshops beleuchtet. Mit Olivier Feller (Nationalrat FDP VD) wurde über den Umgang einer liberalen Partei mit Populismus diskutiert. Stefan Schlegel (Jurist und Forscher am Max-Planck-Institut in Göttingen) präsentierte seine Ansichten zur Beziehung zwischen Migration und Freihandel. Zudem wurde mit Michele Barone (Vizepräsident Jungfreisinnige Schweiz) nach liberalen



Maja Freiermuth

Lösungen im Rahmen der Gleichstellungsthematik gesucht. Die verschiedenen Themen und Referenten boten den Teilnehmenden Diskussionspielraum und interessante Denkanstösse.

In dem am Sonntag verabschiedeten Europapapier sprachen sich die Jungfreisinnigen klar für die Personenfreizügigkeit und somit gegen Kontingente sowie auch «flankierende Massnahmen» aus. Die Jungfreisinnigen fordern, dass die Personenfreizügigkeit auf ausgewählte Drittstaaten ausgeweitet und die Migration in unsere Sozialwerke unterbunden wird. Abschottungstendenzen werden von den Jungfreisinnigen nicht unterstützt.

Ein deutliches Zeichen setzten die

Jungfreisinnigen auch mit der Parolenfassung gegen das neue Energiegesetz. Nachdem man sich an Delegiertenräten und in einem Positionspapier mehrmals gegen die Energiestrategie 2050 eingesetzt hatte, wurde am Kongress nochmals ein deutliches Nein gegen Zwangsmassnahmen, Subventionen und die Regulierungsflut gefasst. Weiter wurde der Weg für die Kampagnen gegen die Altersreform und für die kommende No-Billag-Initiative dem Vorstand für eine aktive Teilnahme am Abstimmungskampf geebnet.

Am Sonntag wurden zudem zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt. Jill Nussbaumer (ZG) übernimmt das Ressort Medien & Online und löst so-

mit Pascal Stäheli (SG) ab, welcher aus beruflichen Gründen zurückgetreten war. Jill schloss ihren Bachelor an der Universität St. Gallen ab und arbeitet momentan bei der Privatbank Notenstein La Roche. Mit Louise Morand wird eine zweite Frau in den Vorstand gewählt. Sie übernimmt Dimitri Allaz' Amt des International Officers. Louise studiert Recht an der Universität Fribourg und wird sich um die internationalen Angelegenheiten der Jungfreisinnigen kümmern. In den vergangenen Wochen wurden die beiden bereits mit ihren neuen Ämtern vertraut gemacht. Der Vorstand ist somit bereit für die kommenden Herausforderungen.

Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen

Doris Fiala ist die neue Präsidentin der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

An der Generalversammlung vom 1. April 2017 in Zürich wurde Nationalrätin Doris Fiala zur neuen Präsidentin gewählt. Mit ihr haben die FDP Frauen eine Präsidentin, die in Bundesbern und in der Wirtschaft bestens vernetzt ist und sich seit vielen Jahren mit viel Herzblut für die liberalen Werte in unserem Land einsetzt. Die Delegierten dankten der abtretenden Präsidentin Carmen Walker Späh und der abtretenden Generalsekretärin Claudine Esseiva mit langem herzlichen Applaus für ihr grosses Engagement für die FDP Frauen Schweiz.

«Wenn ich mich für etwas engagiere, dann heisst das Mass aller Dinge für mich: voller Einsatz – der einzige Beweis für das Können ist das Tun.» In diesem Sinne will Doris Fiala auch die FDP Frauen weiterhin als Macherinnen positionieren. Denn gerade nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 ist das Ziel, Männer und Frauen bestmöglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, noch dringender geworden. Rund 245 000 Frauen geben in Umfragen an, gerne eine Erwerbsarbeit ausüben zu wollen oder ihr Teilzeitpensum aufzustocken. 55 000 Hochschulabsolventinnen sind zurzeit im Arbeitsmarkt nicht integriert. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sind diese Zahlen unerfreulich.

Doris Fiala freut sich, zusammen mit der neuen Generalsekretärin Irene Thalmann und der Geschäftsleitung, die FDP Frauen als freisin-



Die Präsidentin der FDP Schweiz Petra Gössi (links) und die neu gekürte Präsidentin der FDP Frauen Schweiz Doris Fiala (rechts) bedankten sich bei Regierungsrätin Carmen Walker Späh (Mitte) für ihr grosses Engagement als Präsidentin der FDP Frauen.

nige, progressive und liberale Kraft innerhalb der FDP-Familie weiterzuführen.

Ja zu Richtwerten bei Grossfirmen

Diskutiert haben die FDP Frauen an ihrer Generalversammlung auch die vom Bundesrat vorgeschlagenen Richtwerte bei der Aktienrechtsreform. Sowohl in den Verwaltungsräten wie auch in den Führungsetagen liegt der Frauenanteil bei börsenkotierten Unternehmen immer noch unter 10 Prozent. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Richtwerte von 30 Prozent in Verwaltungsräten und 20 Prozent in den Geschäftsleitungen unterstützen die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz, jedoch mit einer Sunset-Legislation auf 10 Jahre beschränkt. Diese Vorlage betrifft keine KMU, da Unternehmen u. a. erst ab 250 Mitarbeitende betroffen sind.

Ausschnitt aus der Rede von Parteipräsidentin Petra Gössi

Mit ihrem Einsatz für eine liberale Gleichstellungspolitik zeigen FDP.Die Liberalen Frauen klar und deutlich auf, dass wichtige Themen wie z. B. die Altersreform 2020 nicht nur von links bewirtschaftet werden. Die FDP Frauen haben sich bei der Altersreform 2020 besonders für die Abschaffung des Koordinationsabzugs eingesetzt. Die FDP-Fraktion hat diese Forderung im Rahmen der Reform aufgenommen und dafür im Nationalrat eine Mehrheit

gefunden. Die Frauen sind es, die oft Teilzeit arbeiten. Sie sind es, die darunter leiden, dass sie nach wie vor keine oder nur in sehr geringem Masse ihre berufliche Vorsorge ansparen können. Ich freue mich bereits jetzt auf die enge Zusammenarbeit mit den FDP Frauen, damit wir gemeinsam dafür sorgen, dass diese unsoziale Altersreform 2020 abgelehnt wird.

Ich möchte an dieser Stelle Carmen Walker Späh für ihre Arbeit als Präsi-

dentin der FDP Frauen danken. Sie hat während der letzten sieben Jahren mit unermüdlichem Engagement und einem langen Atem gezeigt, wie erfolgreich die FDP Frauen politisieren. Ihr ist es zu verdanken, dass die FDP Frauen gehört werden. Liebe Carmen, ich danke dir von Herzen für deinen grossartigen Einsatz!

Ebenfalls bedanke ich mich herzlich bei Claudine Esseiva, die als Generalsekretärin Grossartiges leistete. Seit ihrem

Amtsantritt im 2008 sorgt sie dafür, dass die FDP Frauen in der politischen Debatte präsent sind. Liebe Claudine, vielen Dank für deine Arbeit!

Ich wünsche Doris Fiala als neugewählte Präsidentin und Irene Thalmann als neue Generalsekretärin alles Gute und viel Erfolg. Dass ihr beide den für diese Ämter nötigen langen Atem habt, habt ihr schon oft bewiesen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit euch!

Anm. der Redaktion: Es gilt das gesprochene Wort.

Datenschutzgesetz

Kein Swiss Finish im Datenschutz

Mit der Totalrevision des Datenschutzgesetzes (DSG) will der Bundesrat den aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft und Wirtschaft Rechnung tragen. Das ist richtig und wichtig. Dennoch darf die Schweiz nicht in vorseilendem Gehorsam agieren: Ein Swiss Finish, wie es zurzeit der Gesetzesentwurf des Bundesrates vorsieht, ist absolut zu vermeiden.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Die Totalrevision des Datenschutzgesetzes ist die Antwort auf die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung, welche im Mai 2018 in Kraft tritt. Um den grenzüberschreitenden Datenverkehr zwischen der Schweiz und den EU-Mitgliedstaaten nicht zu erschweren und unnötige Hürden bei der Datenübermittlung zu vermeiden, soll die Schweiz ein mit der EU vergleichbares Datenschutzniveau aufweisen können. Ziel ist es, mit dem neuen DSG die Transparenz von Datenbearbeitungen zu verbessern und die Selbstbestimmung der Personen, über welche Daten gesammelt und bearbeitet werden (sog. betroffene Personen), zu stärken. Dass die Revision neue Regulierungen mit sich bringt, ist unausweichlich. Dennoch dürfen neue Vorschriften die Privatsphäre von Personen und Unternehmen nicht empfindlich tangieren und die Wirtschaftsfreiheit sowie Innovationsfähigkeit von Unternehmen nicht einschränken.

Meldepflicht auf ein Minimum begrenzen

Im aktuellen Gesetzesentwurf sehen wir uns mit diesen Gefahren konfrontiert, zumal der Bundesrat in vielen Bereichen einen Swiss Finish vorsieht. So fordert der Bundesrat eine breite Auslegung der Meldepflicht. Das bedeutet konkret, dass Unternehmen, welche eine Datensammlung angelegt haben und diese bearbeiten, neu viel mehr Informationen dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) und dem Konsumenten zu melden haben. Folglich werden Inhaber der Datensammlungen und der Datenschutzbeauftragte mit einer Flut von Informationen zu betroffenen Perso-



Ruedi Noser

nen überschwemmt. So wird insbesondere die Effizienz des Datenschutzbeauftragten reduziert, gegen Rechtsverstösse vorzugehen, und es entsteht ein substanzieller finanzieller Mehraufwand für betroffene Unternehmen und den EDÖB. Die EU

selbst sieht keine solch extensive Meldepflicht vor. Deshalb soll sie aus dem Gesetzestext entfernt werden.

Nur administrative Sanktionen

Auch sieht der Entwurf im Gegensatz zur EU-Richtlinie nebst administrati-

ven auch persönliche strafrechtliche Sanktionen vor. Somit soll das Sanktionssystem erheblich verschärft werden. Neu soll jeder Datenschutzverstoss dem EDÖB gemeldet werden, und es sollen sogar fahrlässige Verstösse sanktioniert werden. Das vorgesehene Sanktionssystem führt zu einer Kriminalisierung von Personen in den datenbearbeitenden Unternehmen, anstatt fehlbare wirtschaftlich verantwortliche Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen. Dies geht weit über die EU-Verordnung hinaus und ist unverhältnismässig. Gleichzeitig würde der Aufwand von richterlichen Behörden in den Kantonen massiv steigen, zumal Datenschutzjuristen angestellt werden müssten. Letztlich würden international tätige Grossunternehmen bevorteilt, zumal die Verfolgung und Vollstreckung von im Ausland ansässigen Unternehmen faktisch nicht möglich und rechtlich schwierig sein wird. Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit und administrative Aufwendungen müssen deshalb auf das absolute Notwendige reduziert werden.

Übermächtiger Datenschutzbeauftragter?

Der Datenschutzbeauftragte erfüllt eine rechtsstaatlich wichtige Funktion, und es ist richtig, dessen Mittel zu erhöhen, damit er in einer digitalisierten Welt seine Aufgabe angemessen wahrnehmen kann. Der Gesetzesentwurf jedoch sieht eine substanzielle Ausweitung der Kompetenzen des EDÖB vor. Wir riskieren, eine Institution mit quasi-gesetzgebenden und gerichtlichen Kompetenzen zu schaffen. Dies ist rechtsstaatlich bedenklich und kann zu einer übermässigen Ansammlung von Kompetenzen einer Verwaltungseinheit führen.

GV von Radigal

Ein Jahr im Zeichen des Wachstums

Nach der Neuaufstellung letztes Jahr liegt der Fokus 2017 für Radigal auf Vernetzung, Verankerung und Wachstum. Die Generalversammlung im März stand in diesem Zeichen und brachte sogar eine Premiere in jüngerer Zeit mit sich.

Raphael Scherer,
Vorstandsmitglied Radigal

Nachdem sich Radigal 2016 mit einem frischen Vorstand und verstärkter Präsenz neu aufgestellt hat, soll 2017 ein wichtiges Jahr der Verbreiterung werden. Das wurde deutlich an der ordentlichen GV, welche Mitte März in Zürich abgehalten wurde. Augenfälliges Zeichen war die in diesem Jahr viel grössere Anzahl Mitglieder, die sich dazu eingefunden hatten. Während der formale Rahmen im Zentrum Karl der Grosse noch der gleiche blieb, änderten sich jedoch die Themen, die eingebracht und diskutiert wurden.

Einem Beobachter wäre wohl zunächst einmal die Präsenz einer Frau in der sonst männlichen Runde aufgefallen. Obwohl Radigal beiden Geschlechtern und allen sexuellen Orientierungen offensteht, waren die Herren in jüngerer Zeit unter sich. Das soll sich zukünftig ändern, und der Vorstand freut sich über die Wahl von Mentari Baumann. Die bestens vernetzte Bernerin wird künftig dafür verantwortlich sein, Radigal beim weiblichen Geschlecht besser zu positionieren. Bei dieser Verstärkung soll es jedoch nicht bleiben – bei Radigal als Verein und Think-Tank sind alle Frauen, die sich für die Sache der Gleichberechtigung einbringen wollen, herzlich willkommen.

Auch eine andere, geografische Lücke galt es an der GV zu füllen. Während alle Vorstands- und der Grossteil der ordentlichen Vereinsmitglieder aus der deutschsprachigen Schweiz stammen, ist der Verein in der Romandie praktisch inexistent und auch kaum bekannt. Eine entsprechende Sektion soll nun ins Leben gerufen werden. Nach ersten Sondierungen wird im Verlauf des Jahres eine Informationsveranstaltung durchgeführt und die regionale Verankerung voran-



Raphael Scherer

getrieben werden. Michele Barone von den Jungfreisinnigen Neuenburg hat sich bereit erklärt, hier eine aktive Rolle einzunehmen.

Bei Speis und Trank wurde der

Abend schliesslich gemeinsam beschlossen. Mehrere Generationen von Radigal-Mitgliedern waren zur GV erschienen, und besonders interessant war der historische Kontext, in wel-

chen die anwesenden Gründungsmitglieder aktuelle Entwicklungen stellen konnten. Eine solche Rückbesinnung inspiriert Zukünftiges. Angeregte und ausführliche Diskussionen wiederum schlossen unterschiedlichste Themen mit ein, unter anderem die ideologische Verortung innerhalb des Freisinns. Hier sollen die Dinge dieses Jahr ebenfalls Form annehmen.

So geht Radigal nicht nur in seinen Strukturen gestärkt und mit vielerlei Zielen aus dieser GV ins 2017, sondern auch mit einer neu motivierten Basis und einem bestens vernetzten Führungsteam. Nach der Neuaufstellung im 2016 geht es nun im laufenden Jahr darum, den Verein weiter zu vernetzen und wachsen zu lassen. Primäres Ziel bleibt weiterhin die Gleichstellung homosexueller Paare im Eherecht. Auch die Selbstbestimmungsinitiative wird ein Thema sein, in welchem wir eine Bedrohung garantierter Freiheitsrechte erkennen. Auch dieses Jahr soll wieder ein Social-Event stattfinden. Der letztjährige, in Luzern organisierte, fand grossen Anklang. Jede Organisation lebt von einer motivierten und in die Vereinsarbeit integrierten Basis. An der GV war diesbezüglich grosses Interesse zu spüren. Solch aktives Engagement kann in der Vernetzung mit anderen parteiinternen und -externen Organisationen geschehen, oder auch in der Erarbeitung erster Positionspapiere. Radigal versteht sich als Think-Tank und Kompetenzzentrum der FDP für die Sache der Gleichberechtigung, und das erlaubt vielfältige Formen des Engagements.

Trotz letztjährigen Erfolgen mit der Stiefkindadoption und dem Schiffbruch der CVP-Familieninitiative wehen politisch im Moment stärkere Winde als der unsrige durch das Bundeshaus. Die Zeichen stehen für Radigal deshalb im laufenden Jahr auf Wachstum und interner Vernetzung.

Am 2. September in Auvernier bei Neuchâtel

Kommen Sie an den Tag der FDP!

Bereits zum dritten Mal lädt die FDP alle Mitglieder, Sympathisanten und Interessierte mitsamt ihren Familien an den Tag der FDP ein. Die FDP freut sich, Sie am Samstag, 2. September 2017, in Auvernier zu begrüssen. Reservieren Sie sich das Datum schon jetzt!

Die ersten beiden Tage der FDP in Zug 2014 und im Wahljahr 2015 in Sursee sind allen Beteiligten noch in guter Erinnerung. Es waren tolle Feste mit einem attraktiven Programm für die ganze Familie. In diesem Jahr nun findet der erste Tag der FDP in der Romandie statt. Kommen Sie am Samstag, 2. September, nach Auvernier!



Ausgelassene Stimmung ist Programm.



Die Teilnehmenden genossen in Sursee ein Volksfest.

Ein Fest am See

Direkt am Seeufer gelegen, wartet der Tag der FDP 2017 nicht nur mit einer wunderschönen Szenerie auf Sie. Auch das Programm wird einige Überraschungen bereithalten. Unterhaltung für Gross und Klein wird ebenso geboten wie ein abwechslungsreiches kulinarisches Angebot. Zudem

bietet sich die Gelegenheit, Gleichgesinnte aus der ganzen Schweiz zu treffen und sich auszutauschen.

Auvernier ist eine kleine, aber geschichtsträchtige Gemeinde am Neuenburgersee, nur wenige Fahrminuten ausserhalb von Neuchâtel. Das Festgelände ist bequem mit einem

Tram ab Neuchâtel zu erreichen, ebenso stehen genügend Parkplätze zur Verfügung. Wer schon die Anreise zum Erlebnis machen will, nimmt das Kursschiff direkt zum Festgelände.

Die Einladung folgt bald

Lassen Sie sich diesen besonderen An-

lass nicht entgehen und reservieren Sie sich den 2. September bereits jetzt in Ihrer Agenda. Die offizielle Einladung folgt in den nächsten Wochen. Auf unserer Website www.fdp.ch werden laufend die aktuellsten Informationen zum Tag der FDP bereitgehalten. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

FDP.Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau

Petra Gössi zog mehr als die Fasnacht

Fasnacht hin oder her: Am Schmutzigen Donnerstag gaben die Seniorinnen und Senioren der FDP.Die Liberalen Aargau der Politik den Vorzug. Sie beehrten FDP-Präsidentin Petra Gössi im Aarauer «Schützen» mit einem Grossaufmarsch.

Hans-Peter Widmer, Hausen AG

In dreiviertelstündiger freier Rede machte Petra Gössi eine aussen- und innenpolitische Auslegeordnung. An der direkten Begegnung freuten sich beide Seiten: Die Seniorinnen und Senioren beeindruckte die dossierfeste FDP-Chefin, während diese den Kontakt mit einer aufgeweckten Parteilbasis sichtlich genoss.



Petra Gössi kam bei den Aargauer FDP-Senioren gut an. BILD: OSKAR MÖRIKOFER

Nicht in Nervosität verfallen

Bevor sie das politische Umfeld und die Herausforderungen für die Schweiz beleuchtete, gab Petra Gössi Einblick in die persönliche Sphäre und ihre Überzeugung, dass Politik, Wirtschaft

und Bevölkerung gemeinsam für das Wohl des Landes verantwortlich sind: «In der Schweiz muss man sich aufeinander zu bewegen, wenn man Lösungen will», betonte sie.

Unser Land sollte bei den gegenwärtigen aussenpolitischen Unwägbarkeiten nicht in Nervosität und Hektik verfallen, sondern die Entwicklungen achtsam analysieren und antizipieren. Durch Englands Austritt werde sich das Verhältnis der EU zu Drittstaaten ändern. Diskussionen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit Brüssel halte sie zurzeit für überflüssig.

Innenpolitische «Minenfelder»

Auf innenpolitischem Terrain ging die Parteipräsidentin auf anstehende Initiativen ein. Die Rasa-Initiative lehne die FDP ab. Die von der Auns angekündigte Kündigungsinitiative werde

zur Stunde der Wahrheit über die bilateralen Verträge. Und die von der SVP angestossene Selbstbestimmungsinitiative mit ihrem verfänglichen Titel schränke das eigene Bundesgericht ein.

Bei der Reform der Altersvorsorge habe ein nicht finanzierbarer Leistungsausbau keinen Platz. Dagegen müsse einer neuen Vorlage nach der gescheiterten Unternehmenssteuerreform III eine umfassendere Aufklärung vorangehen. In der lebhaften Diskussion wurden die Polarisierungstendenzen und die Position der FDP, die Rentenreform, die Energiestrategie sowie das Verhältnis Politik-Wirtschaft erörtert.

Initiative «No Billag»

«No Billag» ne doit pas être une attaque contre la cohésion de la Suisse

Lors de la dernière session parlementaire, les chambres fédérales ont largement rejeté l'initiative «No Billag». Le conseiller national vaudois Frédéric Borloz démontre pourquoi cette initiative est dangereuse et pourquoi il est important de maintenir ces médias nationaux.

Frédéric Borloz,
président du PLR Vaud,
conseiller national

Tout le monde, tous les partis ont eu un jour quelque chose à reprocher aux médias, aussi bien à gauche qu'à droite: angles jugés subjectifs, impression de couverture asymétrique, partis pris, etc. C'est de bonne guerre et consubstantiel au jeu politique. De là à s'appuyer sur ces raisons pour soutenir l'initiative «No Billag», il n'y a qu'un pas que certains franchissent allègrement. Pourtant, les citoyens méritent mieux qu'un règlement de compte pour seuls arguments de campagne. Voter avec le ventre n'est pas souvent de bon augure.

Rappelons-le: cette initiative vise à supprimer la perception par l'Etat d'une taxe pour permettre une diffusion radiophonique et télévisuelle nationale, de qualité – précisons-le –, sur l'ensemble du territoire et couvrant toutes les régions linguistiques. Presque du jour au lendemain un oui à cette initiative supprimerait ce que certains appellent «médias d'Etat». Dans ce sujet, se mêle ras-le-bol d'une taxe, ras-le-bol de Billag – à qui la Confédération vient de retirer la concession –, et volonté (ultra-)libérale de ne pas privilégier des médias et de laisser le marché jouer sa logique.

Qu'advierait-il sans chaînes ou stations d'utilité publique? Pensez-vous que des chaînes privées feraient leur place au soleil dans des bassins de population aussi restreints? Bien au contraire! Nos chaînes privées régionales survivent également aujourd'hui, et en grande partie, grâce à la redevance. Ce sont bel et bien les médias étrangers qui pourraient alors bénéficier du vide et profiter des parts



Frédéric Borloz

de marché. Ces chaînes se soucieraient-elles des spécificités suisses, de ses débats politiques, des différentes cultures? On en doute.

Un modèle qui couvre l'ensemble de notre pays

Le modèle en place aujourd'hui, quoi que l'on en dise, permet à moindre frais, de développer une couverture large et propre à notre pays. Imaginé à la Suisse, ce système permet en outre de faire privilégier les minorités d'une manne proportionnellement plus importante que leur taille. Plus de 30 pour cent de la redevance revient à la Suisse romande alors qu'elle ne représente que 20% du pays. C'est donc bien au ciment de la Suisse que l'on s'attaque avec cette initiative, à sa cohésion. Mais surtout à son histoire et comment on la raconte. Mise en parallèle avec la crise que connaît la presse écrite dans notre région, on mesure l'importance de maintenir ces médias nationaux.

Venir sur le mode paiement pour trouver une solution est illusoire. A nouveau, pensez-vous que nous allons déboursier une somme pour regarder une émission politique? Dans notre pays qui vote tous les trois mois, cet exemple est parlant et même important. Le peu de spectateurs qui regardent cette émission en provoquerait la mort car pas assez rentable. Aujourd'hui, la télévision doit offrir des séries (qui ne coûtent pas si cher) pour garder ses spectateurs, ou du sport. Cela lui permet aussi d'offrir toutes sortes de reportages et d'informations en contrepartie.

Les débats vont prochainement s'animer et il s'agira de garder la tête froide. De ne pas vouloir faire payer des comptes, sous prétexte de rancœur. Le véritable enjeu est bel et bien national. La Suisse, sa complexité et ses régions ont besoin d'une télévision nationale, même si elle émet dans plusieurs langues.

Attraktivität Militär

Die Milizarmee muss attraktiver werden!

Das Militär ist Zeichen des gelebten Gemeinsinns in der Schweiz. Dem zugrunde liegt der Milizgedanke, welcher die enge Verbindung zwischen Gesellschaft und Armee sichert und den nationalen Zusammenhalt stärkt. Die Basis jedoch erodiert: Der Armee kommen immer mehr Aktive abhanden. Es müssen neue Modelle erdacht werden, um den Militärdienst attraktiver zu gestalten.

Marcel Dobler, Nationalrat SG

Die Absolvierung der Dienstpflicht ist in der heutigen individualisierten Welt keine Selbstverständlichkeit mehr. Wir kommen nicht umhin, neue Dienstmodelle zu prüfen, welche den geänderten Rahmenbedingungen in Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung tragen. In dem von mir initiierten Postulat der Sicherheitskommission des Nationalrates «Den Militärdienst attraktiver machen. Bericht», fordere ich den Bundesrat explizit dazu auf, Massnahmen zu prüfen, um die Attraktivität der Armee zu steigern. Der Nationalrat hat das Postulat im März dieses Jahres erfreulicherweise an den Bundesrat überwiesen.

Der Zivildienst boomt

Wir stellen fest, dass immer mehr Wehrpflichtige während oder nach dem Abschluss der Rekrutenschule in den Zivildienst wechseln. Besorgniserregend ist unter anderem der Abgang höherer Unteroffiziere und von Offizieren nach langer Ausbildung. Um diesem Trend entgegenzusteuern, gilt es einerseits, den Übertritt in den Zivildienst zu erschweren. Wer heute Zivildienst leisten will, muss Faktor 1,5 mehr Dienstage absolvieren als ein Militärdienstleistender. Bei Armeekadern sinkt der Faktor schrittweise von 1,5 bis auf 1,1. Es ist zu prüfen, ob der Faktor konstant 1,5 betragen soll. Weiter wäre es durchaus vorstellbar, dass bei einem Übertritt vom Militärdienst in den Zivildienst die bereits geleisteten Dienstage nur noch zur Hälfte angerechnet werden.

Den Militärdienst attraktiver gestalten

Andererseits gilt es, Anreize und Bedingungen zu schaffen, damit aktives



Marcel Dobler

Personal auch künftig der Armee erhalten bleibt. In einem Postulat fordere ich deshalb, dass die Schweizer Armee ihr Technologie-Know-how fördert und sichert sowie die Zusammenarbeit zwischen der Armee und den Bildungsinstituten weiterentwickelt wird. So sollen künftig Maschinenbauingenieure Drohnen für die Luftaufklärung weiterentwickeln und Informatiker den Cyberraum oder die Militärverschlüsselung sicherer ge-

stalten. Vorstellbar wäre eine engere Zusammenarbeit mit Hochschulen, sodass Praktika oder Doktorarbeiten als Dienstage angerechnet werden. So würde nicht nur unsere Armee wertvolles Know-how dazugewinnen, sondern die militärische Ausbildung würde sich auch nach der steigenden Nachfrage des Arbeitsmarktes nach Personen mit digitalen Kompetenzen ausrichten und somit attraktiver werden.

In diesem Kontext ist die differenzierte Tauglichkeit ein interessantes Konzept. Personen mit gewissen körperlichen Einschränkungen könnten unterstützende Aufgaben wahrnehmen, welche keine gute sportliche Leistungsfähigkeit erfordern oder waffenlos getätigt werden können. Diese Rekruten könnten sich für Aufgaben eignen, welchen ihren fachlichen Qualifikationen entsprechen. Folglich sind sie nicht per se als untauglich einzustufen, wenn sie Dienst leisten wollen. In diesem Zusammenhang gilt es, in der Armee Raum für Innovation zu schaffen. So könnten beispielsweise Informatiker eine Software programmieren, um administrative Prozesse zu vereinfachen, die schliesslich von allen verwendet werden könnte.

Auch fordere ich, dass die Anerkennung der Militärausbildungen überprüft wird. Es kann nicht sein, dass ein Arzt seinen Zivildienst vollständig als Praktikum anrechnen kann, den Militärdienst aber nicht. Aus wirtschaftlicher Perspektive hat ein Arzt kein Interesse, Militärdienst zu leisten. Es geht insbesondere darum, die Weiterbildungsmöglichkeiten im Militär mit jenen im Zivildienst gleichzusetzen, um Fehlanreize zu beseitigen.

Eine Cyber-Rekrutenschule?

Zwei Tage nach Einreichung des Postulats kommunizierte Bundesrat Guy Parmelin die Idee einer «Cyber-RS». Ziel soll es sein, die eigenen kritischen Infrastrukturen gegen Cyberkriminalität zu schützen und im Militär der fortschreitenden Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Rechnung zu tragen. Dieser Vorstoss ist zu begrüssen, ist aber nur eine von vielen Möglichkeiten, welche geprüft werden müssen.

Für erfolgreiche und wettbewerbsfähige KMU

FDP fasst Parole zur Energiestrategie

Die Delegierten der FDP. Die Liberalen fanden sich an ihrer ersten Delegiertenversammlung im 2017 in Fribourg zusammen. Neben einer angeregten Debatte zur Energiestrategie 2050 verabschiedeten sie ein Positionspapier zur Bekämpfung von Bürokratie und Entlastung der KMU.

Der Präsident der FDP Freiburg, Didier Castella, hiess am 4. März alle Anwesenden herzlich willkommen. Er sei stolz, sich als Präsident eines zweisprachigen Kantons an die Delegierten der FDP Schweiz wenden zu können. Die Vielfalt sei ein Zeichen des Gemeinsinns, welcher die Schweiz ausmache, betonte der Freiburger Kantonsrat.

Wie weiter nach der USR III?

Für Parteipräsidentin Petra Gössi war es denn auch das einjährige Jubiläum seit ihrer Wahl als Präsidentin der FDP. Die Liberalen. In diesem Rahmen bedankte sie sich für die grosse Unterstützung innerhalb der Partei. Ebenfalls bedankte sie sich für das geleistete Engagement während des Abstimmungskampfs zur Unternehmenssteuerreform III: Die FDP habe mit Herzblut für deren Annahme gekämpft und konnte von allen Befürwortern ihre Basis am besten mobilisieren. Für sie sei deshalb klar: «Wir müssen künftig vermehrt selber das Heft in die Hand nehmen und unsere Kampagnen einfach und FDP-erkennbar machen.» Auch betonte sie, dass das Verhältnis zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auf ein neues Fundament gestellt werden müsse: Alle Akteure der drei Bereiche müssten vermehrt Verantwortung übernehmen, um das Vertrauen ineinander wieder zu gewinnen.

Bundesrat Didier Burkhalter erklärte in seiner Rede an die Delegierten, dass wir uns in einer Welt voller Krisen und Unsicherheiten befinden. Das berge für ein Land wie die Schweiz Chancen und Risiken. Die Herausforderungen müssten mit Mut, Herz und Verstand angegangen werden. Die Welt und die Schweiz brauche umso mehr liberale Antworten angesichts der isolationistischen und illiberalen Tendenzen.



Die Delegierten beziehen Position.

Energiestrategie 2050

Mit Spannung wurde die Debatte zur Energiestrategie 2050 erwartet, gegen welche das Referendum ergriffen wurde und über welche wir am 21. Mai abstimmen werden. Den Anfang machte Ständerat Ruedi Noser, der die Vorzüge der Energiestrategie hervorhob. Anschliessend sprach sich Nationalrätin Doris Fiala in ihrem Referat gegen die Vorlage aus. Ganz im Sinne der FDP-Diskussionskultur folgte eine breite Debatte, in welcher verschiedene FDP-Exponenten der beiden Lager zu Wort kamen. Schliesslich sprachen sich die De-

legierten mit 175:163 Stimmen bei 6 Enthaltungen für ein Ja aus. Aus der Diskussion wurde aber klar, dass es einen eindeutigen gemeinsamen Nenner gibt: Unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung wird sich die FDP bereits jetzt dafür einsetzen, dass die Energie- und Stromversorgungssicherheit der Schweiz in Zukunft mit marktnahen Modellen gewährleistet wird.

Für wettbewerbsfähige KMU

Die Delegierten verabschiedeten letztlich ein Positionspapier zur unbürokratischen Entlastung der Wirtschaft

und Stärkung der KMU. Eine geringe Regulierungsdichte und tiefe Regulierungskosten kommen allen Unternehmen zugute. Gerade für KMU, die oft nur über wenige Ressourcen verfügen, sind tiefe Kosten überlebenswichtig. Weniger Bürokratie und Regulierung verschaffen kleinen und mittelgrossen Unternehmen den nötigen Spielraum für ihre unternehmerischen Tätigkeiten. Die Senkung von Regulierungskosten führt zu einer Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel in einer Firma und damit zu einer höheren Produktivität und mehr Wirtschaftswachstum.



Parteipräsidentin Petra Gössi dankt für den grossen Einsatz in der Kampagne zur Steuerreform.



Nationalrätin Doris Fiala präsentiert die Nein-Argumente zur Energiestrategie 2050.



Nationalrat Jacques Bourgeois warb für ein Ja zur Energiestrategie.



Die Delegiertenversammlung wurde mit Spannung mitverfolgt.



Nationalrat Hans-Peter Portmann ergriff in der Debatte zur Energiestrategie das Wort.



Der Direktor von avenir suisse Peter Grünenfelder und Ständerat Andrea Caroni wollen die Kosten von Regulierung für KMU senken.



Der Stausee Lac d'Emosson im Wallis.

Energiestrategie 2050

Für mehr Effizienz und eine marktnähere Versorgungssicherheit

Die Schweizer Stimmbevölkerung wird am 21. Mai über das neue Energiegesetz abstimmen. Für FDP.Die Liberalen ist diese Abstimmung nicht einfach, denn sie enthält sowohl positive als auch negative Aspekte. Aus liberaler Sicht war darum für viele das Glas halb voll oder halb leer. Die FDP hat sich vor dieser Debatte nicht gescheut und in einer intensiven Diskussion an der Delegiertenversammlung schliesslich die Ja-Parole gefasst, weil für die Mehrheit die positiven Aspekte überwiegen.

Das neue Energiegesetz bzw. das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050, über welches wir im Mai abstimmen, ist die Reaktion des Parlamentes auf die Reaktorkatastrophe in

Fukushima. Die Schweizer Energieversorgung soll langfristig umgebaut und nachhaltiger gestaltet werden. Dieses Ziel soll mit einem tragbaren Ausbau erneuerbarer Energien und

einem effizienteren Energie- und Stromverbrauch erreicht werden.

Erhöhung der Energieeffizienz

Heutzutage ist ungefähr 40 Prozent

des Energieverbrauchs auf den Gebäudesektor zurückzuführen. Neben der Weiterführung des Gebäudeprogramms sollen private Immobilienbesitzer darum mit steuerlichen Anrei-

Vorstösse der FDP-Fraktion

Zukunft der Energie- und Klimapolitik

Noch vor der Schlussabstimmung zum neuen Energiegesetz in der Herbstsession 2016 hat die FDP. Die Liberale-Fraktion drei Vorstösse eingereicht, die den Weg für eine marktnahe und nachhaltige Energie- und Klimapolitik in groben Zügen aufzeigen soll.

Ziel ist es, mit marktwirtschaftlichen Instrumenten einerseits Treibhausgase zu reduzieren und andererseits die Versorgungssicherheit der Schweiz zu gewährleisten. Dafür benötigt es in einem ersten Schritt eine Abschaffung der bestehenden Subventionsmodelle und damit eine Bereinigung des Systems. Erst danach können neue Modelle zugunsten der Stromproduktion in der Schweiz, der Erneuerung der Stromnetze, der weiteren Marktöffnung wie auch der Flexibilisierung der CO₂-Gesetzgebung in Angriff genommen werden. Diese zentralen Forderungen sollen mit der Umsetzung folgender Vorstösse erfüllt werden:

Motion «Zukunft der Energie- und Klimapolitik: Bereinigung bestehender Systeme»

Im Hinblick auf die neue CO₂-Verpflichtungsperiode nach 2020 muss das bestehende Modell der Klimapolitik so rasch wie möglich bereinigt werden. Dafür braucht es die Abschaffung der Teilzweckbindung und die Erweiterung der Befreiungsmöglichkeiten von der CO₂-Abgabe. Die Abschaffung der Subventionsmodelle für die Stromproduktion (KEV etc.) wird mit dem neuen Energiegesetz bereits umgesetzt.

Postulat «Zukunft der Energie- und Klimapolitik: Neues Marktmodell zur Sicherung der Stromproduktion in der Schweiz»

Für die Zeit nach der Beendigung der Subventionsmodelle benötigt die Stromproduktion in der Schweiz ein neues technologieneutrales Marktmodell, das Mitnahmeeffekte reduziert, einen gewissen Eigenversorgungsgrad sicherstellt und weitere Kriterien erfüllen muss.

Motion «Zukunft der Energie- und Klimapolitik: Flexibilisierung der neuen CO₂-Gesetzgebung»

Der Bundesrat wird dazu aufgefordert, im Hinblick auf die neue CO₂-Verpflichtungsperiode nach 2020 zur Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens das CO₂-Gesetz konsequent anhand von flexiblen Zielwerten und Massnahmen zu gestalten.

Fortsetzung von Seite 14

zen dazu motiviert werden, die Energieeffizienz ihrer Gebäude zu optimieren. Das von der FDP vorgeschlagene Modell ermöglicht Steuerabzüge für energetische Gebäudesanierungen über drei Steuerperioden und den Abzug der Rückbaukosten von alten Gebäuden. Im Verkehrsbereich übernimmt die Schweiz die europäischen CO₂-Emissions-Grenzwerte und schafft dadurch Anreize für den Import effizienterer Fahrzeuge. Das neue Gesetz regelt zudem die Rahmenbedingungen für die raschere Einführung intelligenter Messgeräte (Smart Meter), damit die heutigen mechanischen Stromzähler in den Schweizer Haushalten ersetzt werden und der Stromverbrauch optimiert wird.

Befristung der Subventionspolitik

Betreffend Ausbau der Stromproduktion in der Schweiz schafft das neue Energiegesetz einerseits die Voraussetzungen zur marktnäheren Förderung von erneuerbaren Energien und setzt andererseits der verzerrenden

Subventionspolitik ein Ende. Die sogenannte «Sunset-Klausel» legt fest, dass ab 2023 keine neuen Anlagen mehr ins Fördersystem der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) aufgenommen werden können. Auch Einmalvergütungen und Investitionsbeiträge für Erneuerbare stehen nur noch bis 2030 zur Verfügung. Zudem müssen Produzenten von erneuerbarem Strom ab einer gewissen Grösse ihre produzierte Elektrizität direkt am Markt verkaufen. Das waren Kernanliegen der FDP, die in diesem Gesetz erfolgreich verankert wurden.

Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Obwohl das neue Energiegesetz den Bau neuer Kernkraftwerke untersagt, wird in diesem Bereich kein Forschungsverbot eingeführt. Zudem wird die Laufzeit der bestehenden Anlagen nicht beschränkt. Sie bleiben also so lange am Netz, wie sie von der Aufsichtsbehörde ENSI als sicher eingestuft werden. Damit wird eine

mittelfristige Versorgungsknappheit verhindert. Damit die Stromversorgung auch langfristig sichergestellt wird, setzt das Energiegesetz neben den erwähnten Einsparungen beim Energieverbrauch auf eine integrierte Energieversorgung mit zentraler Grosswasserkraft, vielen dezentralen Kleinkraftwerken und mehr Eigenverbrauch. Dazu soll der Aus- und Neubau von erneuerbaren Energien beschleunigt und als «nationales Interesse» anerkannt werden. Das Energiegesetz verkürzt damit die Bewilligungsverfahren und reduziert die Bürokratie. Damit wird die Produktion von einheimischer, erneuerbarer Energie gestärkt. Im Endeffekt sinkt dadurch die Abhängigkeit vom Ausland, und die Versorgungssicherheit wird gewährleistet.

Nachhaltige Verbesserung der Energiepolitik

Die FDP konnte das Gesetz während der parlamentarischen Debatte optimieren. Trotzdem ist die Partei nicht vollständig zufrieden mit der nun vor-

liegenden Version des Gesetzes. Darum wurde innerhalb der FDP und insbesondere während die Delegiertenversammlung heftig diskutiert. Es wurde entschieden, dass die Vorteile überwiegen und das Gesetz deshalb unterstützt werden soll. Nichtsdestotrotz wird sich die FDP dafür einsetzen, die übriggebliebenen Mängel möglichst schnell anzugehen. Zu diesem Zweck wurden von unserer Fraktion im Parlament bereits wichtige Vorstösse lanciert, damit sich die langfristige Versorgungssicherheit mehr am Markt orientiert (vgl. Artikel oben). Neben neuen Modellen für den Schweizer Strommarkt will die FDP auch die Marktliberalisierung weiter vorantreiben und die Verknüpfung mit dem europäischen Strommarkt sicherstellen.

Altersvorsorge 2020

Es gibt immer Alternativen

Für FDP. Die Liberalen war von Anfang an klar, dass sie eine Rentenreform will, aber nicht zu jedem Preis. Das Ziel der Reform lag darin, das Rentenniveau zu sichern und beide Säulen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen. Diese Ziele wurden nicht erreicht. Im Gegenteil: Das Ergebnis der Beratungen ist ein Rentenausbau in der 1. Säule, der uns auf dem Hintergrund der demografischen Entwicklung teuer zu stehen kommt. Als staatstragende Partei stehen wir für gesunde Finanzen und Generationengerechtigkeit und gegen eine Zwei-Klassen-AHV.

Karin Keller-Sutter,
Ständerätin SG

Als im Herbst 2015 die Vorlage erstmals in den Ständerat kam, zeichnete sich bereits ab, dass die AV2020 kaum zu verändern war. CVP und SP, die im Ständerat die Mehrheit stellen, haben der Vorlage ihren Stempel aufgedrückt und waren in der Folge nicht mehr bereit, das Projekt im Kern zu verändern.

Was wir wollten

Im Rahmen der Reform wollten wir das Rentenniveau halten und die Sozialwerke solidarisch und generationengerecht sichern. Zudem befürworteten wir die Absenkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge und die Anhebung des Frauenrentenalters, was die AHV mit 1,2 Milliarden jährlich entlastet.

Opposition von Mitte-links

Die Mehrheit des Ständerates kompensierte die Senkung des Umwandlungssatzes nicht nur über zusätzliche Lohnabzüge, sondern beschloss überdies eine monatliche Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken – ausschliesslich für Neurentner. Da die Absenkung des Umwandlungssatzes in der Übergangsgeneration bereits in der 2. Säule kompensiert und der Besitzstand während 20 Jahren garantiert wird, stellen die 70 Franken für Neurentner einen klaren Ausbau dar. Ebenfalls erhalten nun auch jene mehr AHV, die sie gar nicht nötig haben. Auf der anderen Seite werden Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL) bestraft, da die höhere Rente zu einem Wegfall der EL führen kann. So lässt



Karin Keller-Sutter

BILD: PARLAMENTSDIENSTE

sich keine verantwortungsvolle Sozialpolitik betreiben. Besonders gravierend ist, dass die Erhöhung der Renten langfristig nicht finanziert ist. Um die AHV ab 2030 ausgeglichen zu finanzieren, fehlen dazumal bereits wieder 0,82 Prozent Mehrwertsteuer oder 0,62 Prozent Lohnbeiträge. Nach 2030 steigt der Finanzbedarf so stark, dass nicht einmal mehr das Rentenalter 67 das Loch von rund 7 Milliarden decken könnte. Die Reform ver-

letzt die Generationengerechtigkeit und schafft eine Zwei-Klassen-AHV.

Wir wollten den Kompromiss

Noch vor der Einigungskonferenz hat der Nationalrat einen Schritt auf die Mitte-links-Mehrheit im Ständerat gemacht und auf verschiedene Positionen verzichtet. Dabei erwartete der Nationalrat, dass sich der Ständerat im Gegenzug beim Rentenausbau bewegt. In der Einigungskonferenz haben Stän-

derat Kuprecht (SVP) und ich weitere Kompromissvorschläge eingebracht. Leider vergebens. Die Altersreform, über die wir am 24. September abstimmen, ist denn auch kein Kompromiss, sondern ein Mehrheitsentscheid.

Der Handlungsbedarf in der Altersvorsorge ist unbestritten. Die vorliegende Reform löst die Probleme jedoch nicht, sondern verschlimmert sie. Zudem verschlechtern die Mehrkosten in der AHV die Ausgangslage für jede weitere Reform. Der Ausbau von heute ist der Abbau oder die Steuererhöhung von morgen. Zudem belastet er die Bundesfinanzen, da der Bund einen Fünftel der AHV finanziert.

Wie es weitergeht

Mit einem Nein in der Volksabstimmung schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass kleinere Pakete vorgelegt werden können, die übersichtlich und nachvollziehbar sind – z. B. die Angleichung des Frauenrentenalters gemeinsam mit einer moderaten Erhöhung der Mehrwertsteuer. Der Mindestumwandlungssatz könnte mit einer hinreichenden Kompensation erfolgen. Nach dem 24. September könnte schnell mit einer neuen Vorlage begonnen werden, die die erwähnten Kriterien erfüllt. Aufgrund meiner langjährigen politischen Erfahrung weiss ich, dass es in der Politik immer Alternativen gibt.

Die Altersvorsorge betrifft uns alle. Es geht um unseren Lebensstandard in der dritten Lebensphase und um ein würdevolles Leben im Alter, nicht um ideologische und parteipolitische Vorstellungen. Die Reform, wie sie jetzt vorliegt, verletzt die Generationengerechtigkeit und schafft eine Zwei-Klassen-AHV.

Altersvorsorge 2020

Die Aushöhlung unserer Sozialwerke ist verantwortungslos

Bundesrat und Parlament waren angetreten, um die Altersvorsorge zu sanieren. Von diesem Ziel ist am Schluss nichts übriggeblieben. Die Mehrheit im Parlament hat davon abgesehen, schwierige Entscheide zu treffen, und wollte lieber die AHV-Renten erhöhen. Ganz nach dem Motto: Statt unbeliebte Sanierungsmassnahmen lieber mit der Giesskanne Geld verteilen. Das geht nicht auf. Die FDP-Fraktion hat sich bis zum Ende für eine finanziell nachhaltige, generationengerechte und solidarische Reform eingesetzt.



Wir fordern:

- ▶ Die Angleichung des Rentenalters für Männer und Frauen auf 65 Jahre. Die mit der Angleichung eingesparten Mittel sollen **vollumfänglich in die AHV fliessen**.
- ▶ Die Möglichkeit für **Geringverdiener, welche sehr früh angefangen haben zu arbeiten, früher pensioniert zu werden**. Dies käme insbesondere Frauen zugute.
- ▶ Die **Abschaffung des Koordinationsabzuges**. Dies ermöglicht Mehrfachbeschäftigten und Teilzeitarbeitenden (insbesondere Frauen) deutlich höhere BVG-Renten.
- ▶ Um die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitssuchender zu verbessern, wollen wir die mit dem Alter ansteigenden **BVG-Lohnabzüge glätten**.
- ▶ Eine AHV-Schuldenbremse als Notnagel, damit die AHV auch in finanziell schwierigen Zeiten gesichert wird.

Der faule CVP/SP-Kompromiss:

- ▶ 2,25 Millionen Rentnerinnen und Rentner werden bestraft: Sie erhalten keine höhere Rente von 70 Franken, müssen aber durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer mehr bezahlen. Nur Neurentner der Übergangsgeneration profitieren von den 70 Franken; **damit wird eine Zwei-Klassen-AHV geschaffen**.
- ▶ **Die 1. und 2. Säule werden vermischt**: Die Senkung des Umwandlungssatzes wird durch höhere Lohnabzüge (AHV und BVG) und eine Erhöhung der AHV-Renten kompensiert. Dies vermischt nicht nur die Säulen: Es schwächt die zweite Säule und ist ein Teil der Salamiaktik der Linken für eine Volkspension und die Abschaffung des BVG.
- ▶ Obwohl die Angleichung des Rentenalters auf 65 Jahre Einsparungen von 1 Milliarde Franken erlaubt, belastet die Erhöhung der Renten um 70 Franken den Haushalt mit dem gleichen Betrag. **Die Sanierungsmassnahme «Angleichung des Rentenalters» verkommt zum Nullsummenspiel**.
- ▶ **Geringverdiener sind die Verlierer**, weil ihnen Ergänzungsleistungen um den gleichen Betrag gekürzt werden. Dadurch können diese ebenfalls ihren Anspruch auf Vergünstigungen verlieren (bspw. Befreiung von der Billag) und müssten mehr Steuern bezahlen.
- ▶ **Die heutigen Jungen bezahlen** die kurzsichtigen politischen Entscheide von heute. Die Reform löst das Grundsatzproblem nicht, dass der Finanzbedarf angesichts der steigenden Lebenserwartung und der Überalterung weiter steigen wird. Gleichzeitig müssen die Jungen mehr Mehrwertsteuer und höhere Lohnprozente bezahlen.
- ▶ **Der Bundesanteil an der AHV erhöht sich um 700 Millionen Franken. Damit belasten die AHV-Erhöhungen das Bundesbudget**: Unter dem Strich fehlen künftig Ressourcen für Sicherheit, Bildung, Kultur. Diese Lücke muss durch neue Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen geschlossen werden.

Rückblick

Vielen Dank für Ihren Einsatz!

Liebe Freisinnige

Müsste ich mein erstes Jahr als Präsidentin der FDP. Die Liberalen in zwei Worten zusammenfassen, würde ich sagen: Es fägt! Das liberale Original der Schweizer Politik zu führen, ist anspruchsvoll, aber auch sehr bereichernd. Und vor allem ist es unglaublich motivierend, zu sehen, wie sehr sich unsere Parteibasis und unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene für unsere Partei ins Zeug legen. Dafür danke ich Ihnen allen herzlich!

In diesem Jahr haben wir als Partei viele freudige, aber auch den einen oder anderen weniger freudigen Moment erlebt. Ich möchte an dieser Stelle auf mein erstes Amtsjahr zurückblicken und an drei Beispielen aufzeigen, wie ich dieses erlebt habe.

Unternehmenssteuerreform III

Keine Freude habe ich am Abstimmungsresultat zur Unternehmenssteuerreform III. Dieses darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Reform zwingend nötig ist. Die in der Schweiz tätigen Unternehmen müssen Gewissheit haben, dass ihre Besteuerung international akzeptiert wird. Ich bin überzeugt, dass diese Vorlage eine gute Reform gewesen wäre, denn sie respektierte die Bedürfnisse der Kantone, indem eine individuelle Lösung für jeden Kanton möglich gewesen wäre.

Die neue Vorlage des Bundesrates muss jetzt die rechtsstaatlichen Verfahren durchlaufen und schnellstmöglich dem Parlament vorgelegt werden. Aus unserer Sicht muss sie zwingend zusammen mit den Kantonen, Gemeinden und der Wirtschaft erarbeitet werden. Alles andere führt zu einem erneuten Debakel im Parlament oder an der Urne. Mit einer Lösung, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit untergräbt, oder bei länger dauernder Rechtsunsicherheit drohen Unternehmen abzuwandern und Arbeitsplätze verloren zu gehen.



Petra Gössi

Unter diesen Gesichtspunkten wird die FDP die Vorlage beurteilen.

Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative

Mehr Freude bereitet mir die wesentlich von der FDP geprägte und vom

Parlament beschlossene Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Sie steuert die Zuwanderung eigenständig, hält die bilateralen Verträge aufrecht und sichert der Schweiz den Zugang zum Forschungsprogramm Horizon2020. Nationalrat und Stän-

derat haben ihre jeweiligen Konzepte verbunden und optimiert. Damit ist eine Lösung gefunden, die Masseneinwanderungsinitiative im Sinne des Volkswillens umzusetzen, die Bilateralen zu erhalten, dadurch Arbeitsplätze zu sichern und gleichzeitig die Umsetzung wirtschaftsfreundlicher zu gestalten. Kontingente oder ein flächendeckender Inländervorrang hingegen sind die wirklichen bürokratischen Monster. Beides konnte verhindert werden.

Zu Gast bei Ihnen

Am meisten Freude aber habe ich am Austausch mit Ihnen. Zu sehen, wie gross das Engagement ist, wie vielfältig unsere Partei ist und mit wie viel Herzblut Sie sich engagieren, macht mich stolz. Ich habe immer gedacht, ich kenne die Schweiz relativ gut. Auch wenn ich noch nicht überall war, so meinte ich doch, ein einigermaßen vollständiges Bild unseres Landes zu haben. Während der vielen Besuche in den Sektionen, bei Orts- und Kantonalparteien und an den diversen Delegiertenversammlungen der FDP Schweiz merkte ich aber schnell, dass ich noch sehr viel Platz für neue Eindrücke habe. Dabei habe ich enorm geschätzt, zu sehen und zu erleben, wie verbunden Sie mit unserer Partei sind. Auf meiner Tour de Suisse, auf der ich an vielen Abenden und Wochenenden im ganzen Land unterwegs bin, spüre ich, was die Leute bewegt. Den Kontakt zu unserer Basis weiss ich sehr zu schätzen und ich bin froh um die unzähligen Rückmeldungen – ob positiv oder kritisch. Davon profitiere ich, davon profitiert unsere Partei!

Ich freue mich, zusammen mit Ihnen den erfolgreichen Weg der FDP weiterzugehen!

**Ihre Petra Gössi,
Präsidentin FDP. Die Liberalen**

Publikation von alt Bundesrat Kaspar Villiger

«Die Durcheinanderwelt»

Der ehemalige Bundesrat und Unternehmer Kaspar Villiger hat ein neues Buch veröffentlicht: «Die Durcheinanderwelt. Irrwege und Lösungsansätze»*. Villiger legt in einer analytisch ruhigen und stilsicheren Sprache in drei Abschnitten und dem Schlusskapitel «Etüden zur Freiheit» seine liberale Vorstellung einer politischen und wirtschaftlichen Welt von heute dar.

Andreas Iten, alt Ständerat ZG

Im ersten Abschnitt befasst er sich mit der Veränderung der Weltordnung und glaubt, dass sie in eine Weltunordnung umgeschlagen hat. Es zeichnen sich verschiedene Krisen ab. Die moderne Marktwirtschaft gerate unter den Primat der Politik. Das habe fatale Folgen. Er zeigt die Konsequenzen und Auswirkungen der Geldflutung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und der Tiefzinspolitik. Die Weltordnung sei gestört durch die Migration, die Umweltbelastung, die Veränderung der Demografie und durch die Dominanz der Interessen über die Werte. Auch die Krise der Europäischen Union sei ein Symptom der Unordnung. Zudem gebe es überall nationalistische Tendenzen und populistische Strömungen, die die demokratischen Werte in Frage stellen. «Wir stellen fest, dass in der Realität Interessen zunehmend wieder höher als ethisch-moralische Bedenken gewichtet werden.»

Im zweiten Abschnitt beschäftigt sich der Autor mit «Blüte und Siechtum von Nationalstaaten». Er skizziert ein Sozialmodell, das vielen Staaten fehlt. «Ein erfolgreiches Sozialmodell enthält ... nicht nur ökonomische, sondern auch soziale Institutionen. Ein leistungsfähiges soziales Sicherheitsnetz erleichtert die ständige Erneuerung der Wirtschaft und macht die Menschen risikobereiter, weil auch Verlierer besser geschützt sind.» Deshalb sei der Sozialstaat ein unverzichtbarer Pfeiler der Marktwirtschaft. Man gewinnt den Eindruck, dass der ehemalige Bundesrat darunter leidet, dass es an Bürgertugenden mangelt. Man wird ihm Recht geben, wenn man das «übersteigerte Besitzstandsdenken» betrachtet, über das er kritisch schreibt. Er lobt das Schweizer Sozialmodell,



Kaspar Villiger

das er bedroht sieht durch Ideologien und Populisten, aber auch durch die Einwanderung. Im Kapitel «Einwanderung: Fluch oder Segen?» untersucht er ihre Auswirkungen.

Im dritten Abschnitt legt er eine Skizze eines neuen Europas vor. Voran steht das Bekenntnis, dass ein starkes Europa im Sog der Weltentwicklung notwendig sei. «... Ein erstarktes politisches Gewicht Europas ist unabdingbar, wenn Frieden und Demokratie in unserer Weltgegend auf Dauer gesichert werden sollen. Um das zu erreichen, bedarf es nun einmal der Europäischen Union, ob man sie mag oder nicht. Vielleicht ist es paradox, aber dieser kritische Aufsatz ist das Plädoyer eines Schweizer EU-Beitrittsgegners für eine erfolgreiche EU.» Da Villiger überzeugende Vorschläge unterbreitet, wie die EU von morgen

aussehen könnte, werden ihm Europa-Politiker Gehör schenken. Er analysiert die Krankheiten der bestehenden EU emotionslos, aber sehr stringent. Er legt eine Skizze vor, wie die Union lebensfähiger werden könnte. Sein Zehnpunkteprogramm zur Revitalisierung der EU ist überzeugend. Mit diesen Empfehlungen unterscheidet er sich von EU-Gegnern, die nichts in der Hand haben als Verunglimpfungen. Sein Denkpuls dürfte in Brüssel auf Interesse stossen.

Villiger wurde 2016 von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Deutschland mit dem Friedenspreis ausgezeichnet und hielt in der Frankfurter Paulskirche vor einem grossen Publikum ein viel beachtetes Referat. In den «Etüden zur Freiheit», die das Buch abschliessen, hat der Autor Elemente seiner Dankesrede verarbeitet. Kaspar Villiger sieht

sich darin nicht als abstrakt-philosophischer Denker der Freiheit. Er weiss, dass dieser transzendente Begriff genauso wie Leben, Sinn, Glück u. a. m. nicht abschliessend definiert werden kann. Vielmehr betrachtet er, was Freiheit im Alltag, in der Politik und in der Marktwirtschaft konkret bedeutet. Seine Ausführungen sind glasklar.

Das Buch sei den engagierten und interessierten Staatsbürgern empfohlen. Es klärt die eigene Position, ob links oder rechts, und konfrontiert den Leser mit dem liberalen Standpunkt eines sehr erfahrenen Autors, der sich auch durch weitere staatspolitische Schriften ausgezeichnet hat. Dem Autor geht es um einen funktionierenden Staat und eine selbstbestimmte Bürgerlichkeit. Seine Gedanken kreisen im tiefsten Kern um ein Sozialmodell, das er im Buch ausführlich darstellt. Dieses Modell schildert die Voraussetzungen, die möglich machen, dass der Mensch sein Leben in Selbstverantwortung gestalten kann.

* «Die Durcheinanderwelt. Irrwege und Lösungsansätze», NZZ Libro, 2017

Auszüge der Werke von Kaspar Villiger:

- «Eine Willensnation muss wollen», NZZ Libro, 2009
- «Mit Freiheit und Werten zu Wohlstand», Walter Eucken Institut, Beiträge zur Ordnungstheorie und Politik 178, Mohr Siebeck Verlag, 2012
- «Pendler zwischen Wirtschaft und Politik», Essays und Reden, Stämpfli Verlag, 2014
- «Demokratie und konzeptionelles Denken, Politik im Spannungsfeld von Zwängen, Emotionen und Zufall», NZZ Libro, 2015

Digitalisierung Schule

Auch die Volksschule muss mit dem Fortschritt mitziehen

Die Digitalisierung schreitet in allen Lebensbereichen voran. Es ist deshalb von grösster Wichtigkeit, dass junge Menschen schon früh einen verantwortungsbewussten Umgang mit Technologie und Medien erlernen. Im Rahmen des Lehrplans 21 soll dies integraler Bestandteil der künftigen Lehrpläne werden.

Christoph Eymann, Nationalrat BS, ehem. Regierungsrat und ehem. Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz

Der Lehrplan 21 ist in Deutschschweizer und zweisprachigen Kantonen das nächste grosse bildungspolitische Projekt. Ziel ist es, ein Mindestmass an Harmonisierung zwischen den Lehrplänen von 21 Kantonen zu schaffen. Dies ermöglicht eine gewisse Kohärenz der Schulsysteme. Die Bildung wird denn auch weiterhin eine Kompetenz der Kantone bleiben: Diese können selber entscheiden, wie sie den Lehrplan umsetzen wollen.

Digitalisierung auch in die Schule tragen

Im Rahmen dieser Reform soll künftig das Modul «Information und Medien» neben traditionellen Fächern wie Deutsch und Mathematik als Schulstoff integriert werden. Dies ist wichtig und richtig, zumal Veränderungen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt aufgrund des digitalen Fortschritts vermehrt digitale Kompetenzen verlangen werden. Damit soll Schülerinnen und Schülern selbstständiges und verantwortungsbewusstes Handeln früh übermittelt und lösungsorientiertes Denken gefördert werden.

Fachübergreifendes Lernen ermöglichen

Ziel des Moduls «Information und Medien» ist es, die Entwicklung einer entsprechenden Denkweise zu verstehen und das Verständnis für grundlegende Konzepte der digitalen Technik zu vermitteln. Hierzu werden die drei Bereiche Medien, Informatik und Anwendungskompetenzen im Zentrum des

Lernprozesses stehen. Dies bedeutet, dass der Umgang mit sozialen Medien wie auch das Erlernen von Grundkenntnissen der Programmiersprache zum Unterrichtsstoff gehören sollen. Dies soll fächerübergreifend Anwendung finden: In der Mathematik genauso wie im Deutschunterricht sollen digitale Kompetenzen gefördert werden. Dies stärkt das vernetzte und kritische Denken, wodurch die Schülerinnen und Schüler befähigt werden, Zusammenhänge komplexer Probleme zu verstehen, um diese effizient zu lösen.

Infrastruktur sicherstellen

Für die Integration dieses Moduls in den Schulen kann nicht auf langjährige Erfahrung zurückgegriffen werden. So besteht zum Beispiel ein latenter Mangel an Informatikkenntnissen bei Lehrpersonen. Hier sind insbesondere die Kantone in der Pflicht, die Lehrkräfte auf diesem Weg zu unterstützen. Um den Erfolg dieses Unterrichts sicherzustellen, müssen auch die Schulen die notwendigen Fortbildungskurse für Lehrpersonen anbieten, damit sich diese die notwen-

digen Kenntnisse aneignen können. Ein weiterer Punkt ist die Wahl unterrichtsbegleitender Materialien. Einerseits muss das Lehrmaterial der Entwicklungsstufe der Schülerinnen und Schüler Rechnung tragen: Gymnasiasten brauchen eine andere Software als Primarschüler. Was offensichtlich klingt, ist es nicht unbedingt. Zwar ist das Angebot an Software gross, dennoch mangelt es an ganzheitlicher Software, welche den oben beschriebenen Bedürfnissen des Schulunterrichts Rechnung trägt. Auch gilt es in den Schulen, die notwendige Infrastruktur, wie z. B. technisch angemessen ausgerüstete Klassenzimmer oder Computerräume, sicherzustellen.

Anschluss an andere Staaten nicht verpassen

Staaten wie Indien oder die USA haben bereits angefangen, Schülerinnen und Schülern im frühen Alter den Umgang mit Medien und Informatik beizubringen. Damit positionieren sich diese Länder für die Zukunft günstig. Will die Schweiz den Anschluss nicht verpassen, müssen wir diesem Beispiel folgen. Der Kampf um die klügsten Köpfe ist längst im Gange. Die Integration dieses Moduls ist ein wichtiger Schritt, um den Platz der Schweiz als Innovations- und Forschungsstandort auch in Zukunft zu gewährleisten. Selbstverständlich braucht es auch eine Offensive hinsichtlich der Digitalisierung in der Berufsbildung und bei den Fachhochschulen und Universitäten. In der nächsten Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) ist dies zwingend zu berücksichtigen.



Christoph Eymann

Freisinnige Bildungspolitik 1979–1983

Eine Bildungspolitik gezeichnet von Kontinuität

Wie sah die freisinnige Politik in der Vergangenheit aus? In diesem Beitrag wollen wir Ihnen anhand der Bildungspolitik aufzeigen, welche Positionen die Freisinnigen schon vor rund 40 Jahren vertraten.

Der abgedruckte Text ist Teil der Zielsetzungen der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) für die Jahre 1979–1983, welche von der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 20. April 1979 verabschiedet wurde. Im Zentrum der freisinnigen Bildungspolitik der 70er- und 80er-Jahre stand die Chancengleichheit und die Überzeugung, dass jedem Menschen die Möglichkeiten gegeben werden sollen, sein Potenzial auszuschöpfen und seinen Lebensweg selber zu gestalten. Die Freisinnigen waren überzeugt, dass es in der Verantwortung jeder und jedes Einzelnen liegt, als mündige Bürgerin und mündiger Bürger zu handeln. Dabei soll das Bildungssystem sicherstellen, dass jede ihre und jeder seine Fähigkeiten in den Dienst des Gemeinwohls stellt. Letztlich soll sich die Bildungspolitik an den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Schweiz orientieren. In ihren Grundzügen entsprechen diese Positionen den Überzeugungen der FDP. Die Liberalen heute.

18. Bildung:

OFFENE CHANCEN FÜR ALLE

Einer umfassenden persönlichen Entfaltung des Menschen bietet der liberale Staat die besten Rahmenbedingungen. Demokratie erfordert andererseits den Willen ihrer Bürger zur aktiven Teilnahme am Leben der Gesellschaft und des Staates.

Ziel freisinniger Bildungspolitik ist daher, den Bürgern eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Bildung und Ausbildung zu ermöglichen und sie zu urteilsfähigen, schöpferischen und verantwortungsbereiten Menschen zu erziehen.

Unabhängig von Herkunft und Geschlecht sollen alle die Chance haben, Begabungen zu entfalten, ihr persönliches Dasein zu gestalten und einen aktiven Beitrag zum gemeinsamen Leben in Gesellschaft und Staat leisten zu können. Bildung und Entfaltung persönlicher Kräfte kann jedoch nicht einfach vermittelt werden, sondern erfordert eine angemessene Eigenleistung.

Jedermann soll seinen Ausbildungsweg auch künftig möglichst nach Eignung und Neigung wählen können. Die Erhaltung und Schaffung einer genügenden Anzahl von Ausbildungsplätzen auf allen Schulstufen sowie in der Wirtschaft ist eine entschiedene Forderung des Freisinns. Ihre Verwirklichung vor allem im Bereich der Berufs- und Hochschulbildung liegt überdies im langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Interesse des Landes. Notwendig ist zudem die Anpassung der Studien und Lehrgänge an die heutigen und künftigen Bedürfnisse und Möglichkeiten einer freiheitlichen Gesellschaft. In diesem Zusammenhang kommt der Förderung der Forschung besondere Bedeutung zu.

Grundsätzliche Haltung und heutige Bedingungen erfordern in der Bildungspolitik mehr als je die verfassungsmässige Verankerung sinnvoller Zusammenarbeit und zweckmässiger Aufgabenteilung unter den wichtigsten öffentlichen und privaten Trägern von Schule und Bildung.

Der Bildungspolitik sind aber auch gewisse Grenzen gesetzt, nicht nur in finanzieller Hinsicht. Trotz bester Schulung ist die Erziehung zum mündigen Menschen nicht zuletzt eine Sache der persönlichen Einstellung.

«Mind the gap»

Liebe Freisinnige

Am 29. März 2017 hat zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (UK) eine neue Phase begonnen: An diesem Tag traf aus London das Austrittsschreiben der britischen Regierung in Brüssel ein. Nun haben die EU und das UK zwei Jahre Zeit, um ein Abkommen über den Austritt auszuhandeln. Die EU und das UK werden zudem Verhandlungen über das zukünftige Verhältnis führen müssen.

Der Bundesrat hat schon lange zuvor Vorkehrungen getroffen, um die Interessen der Schweiz in diesem offenen Prozess wahren zu können. Denn mögen der Zeitpunkt und der Inhalt des britischen Austrittsschreibens auch im Grossen und Ganzen bekannt gewesen sein – das Ergebnis dieses Prozesses ist noch offen. Und auf viele Fragen gibt es noch keine Antworten. Das betrifft aber nicht nur die EU oder das UK.

Denn der Entscheid der britischen Bevölkerung hat auch Konsequenzen für die Schweiz. Um was es geht, illustrieren die Zahlen der Schweizer Exporte: In eine künftige EU ohne UK würde die Schweiz rund 50 Prozent ihrer Waren ausführen, nach UK rund 5 Prozent. Beides sind wichtige Partner. Der Grossteil der Beziehungen der Schweiz zum UK basiert heute aber auf den bilateralen Abkommen Schweiz–EU.

Verlässt nun das UK die EU, muss verhindert werden, dass im bilateralen Verhältnis zwischen der Schweiz und dem UK Rechtslücken entstehen. Das Land war 2015 mit einem Volumen von 11,7 Mrd. Franken der fünftwichtigste Absatzmarkt für Schweizer Warenexporte und mit einem Umfang von 6,5 Mrd. Franken der achtgrösste Herkunftsmarkt von Schweizer Warenimporten. Das UK ist zudem der sechstgrösste Direktinvestor in der Schweiz. 150 Flugbewegungen finden täglich zwischen der Schweiz und dem UK statt. 41 000 Schweizer Staatsangehörige wohnen im UK und 39 000 britische Staatsangehörige in der



Bundesrat Didier Burkhalter

BILD: MICHAEL STAHL

Schweiz. Diese Beispiele belegen, wie eng und intensiv die bestehenden Beziehungen sind. Sie bieten beiden Partnern Vorteile.

«Mind the gap» heisst deshalb die Strategie, die der Bundesrat im Hinblick auf den EU-Austritt des UK für das künftige bilaterale Verhältnis mit

dem UK verabschiedet hat. Ziel ist es, die bestehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten über den Zeitpunkt des EU-Austritts des UK hinaus sicherzustellen und allenfalls auszubauen. Die Ausgangslage wird allerdings dadurch erschwert, dass die EU für die Aus handlung von Handelsverträgen zuständig ist. Das UK – heute noch EU-Mitglied – kann derzeit daher nicht über bilaterale Handelsverträge verhandeln. Diese Situation wird von uns laufend analysiert und wurde bei unseren jüngsten politischen Kontakten in Brüssel, Berlin und Paris thematisiert.

Wer einmal in London mit der «tube» gefahren ist, kennt die Aufforderung «Mind the gap». Damit sollen Passagiere vor der Lücke zwischen Untergrundbahn und Perron gewarnt werden. Um diesen «gap» zu überwinden, ist ein überlegter Schritt nötig – und im Verhältnis zum Vereinigten Königreich hat auch der Bund die nötigen Schritte in die Wege geleitet. Der Bundesrat wird die Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU eng verfolgen, um allfällige Konsequenzen auf das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und dem UK frühzeitig absehen zu können. Er hat zudem eine Steuerungsgruppe Schweiz/UK unter der Leitung des EDA, der Vertreterinnen und Vertreter des SEM, des SECO, des UVEK, und des SIF angehören, eingesetzt. Diese koordiniert die exploratorischen Gespräche, die mit London aufgenommen wurden, um die Strategie des Bundesrates umzusetzen.

Diese departementsübergreifend konzertierte Strategie wird grundsätzlich unabhängig von der Ausgestaltung der Beziehungen der Schweiz zur EU verfolgt, die für die Schweiz von zentraler Bedeutung sind. Zudem zeigt die Zusammensetzung der Steuerungsgruppe, wie breitgefächert das bilaterale Verhältnis ist. Und es zeigt zugleich, dass die Schweiz ihre Stärken ausspielt: nämlich koordiniert und proaktiv zu handeln.

Ihr Didier Burkhalter, Bundesrat

E-Voting in der Schweiz

Weitere Schritte in die richtige Richtung

Die Einführung eines E-Voting-Systems wäre nicht nur für Auslandschweizerinnen und -schweizer eine willkommene Erleichterung. Auch für die in der Schweiz wohnhafte Stimmbevölkerung käme die elektronische Stimmabgabe einer Erleichterung gleich. Anfang April hat der Bundesrat nun wichtige Schritte eingeleitet, damit die flächendeckende Einführung von E-Voting Gestalt annehmen kann.

Beat Schlatter,
Präsident FDP Service Public

Stellen Sie sich vor, Sie leben als Schweizer in Australien und möchten sich gerne am politischen Meinungsfundungsprozess beteiligen. Als Erstes stehen Sie vor der Herausforderung, online die benötigten Informationen einzuholen. Während Sie auf der deutschen Webseite der Bundesverwaltung die Details zur bevorstehenden Abstimmung über das Energiegesetz auf der Startseite finden, müssen Sie auf der englischen Seite erst den Link zu den «Popular votes» finden, bevor Sie sich über die Vorlage informieren können. Man mag dies nun als nicht so wichtig erachten, geht man schliesslich davon aus, dass Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer einer der Sprachen ihrer Heimat noch mächtig sind. Doch gerade die Kinder von Schweizern im Ausland sprechen oft nur noch Englisch und stehen somit schon vor weiteren Hürden, um sich in den demokratischen Prozess einzubringen.

Langwieriger Prozess

Bleiben wir bei unserem Beispiel der Auslandschweizer-Familie in Australien. Sofern diese Familie die Informationen – in welcher Sprache auch immer – gefunden hat, beginnt nun für sie der lange Prozess der Stimmabgabe. Grundsätzlich unterscheidet sich dieser Prozess nicht von der Art und Weise, wie im Berner Oberland oder im Kreis 5 in Zürich abgestimmt wird. Mit dem kleinen Unterschied, dass ein Brief von Australien nun halt mal einfach länger hat, bis er in der Schweiz ankommt. Je nach Kanton, in welchem der Auslandschweizer gemeldet ist, darf dieser das Stimmcouvert dann noch frankieren.

Wer kennt denn heute noch Briefmarken?

Das Briefmarkenproblem betrifft selbstverständlich nicht nur Stimmberechtigte, die im Ausland wohnen. Für viele Personen der jüngeren Generation sind Briefmarken schlicht etwas, das nicht mehr zu ihrem Alltag gehört. Sie erledigen heute das Meiste online und im digitalen Bereich. Der Medienbruch beim Abstimmen

flächendenkend die Möglichkeit, im Internet ihre Stimme abzugeben.

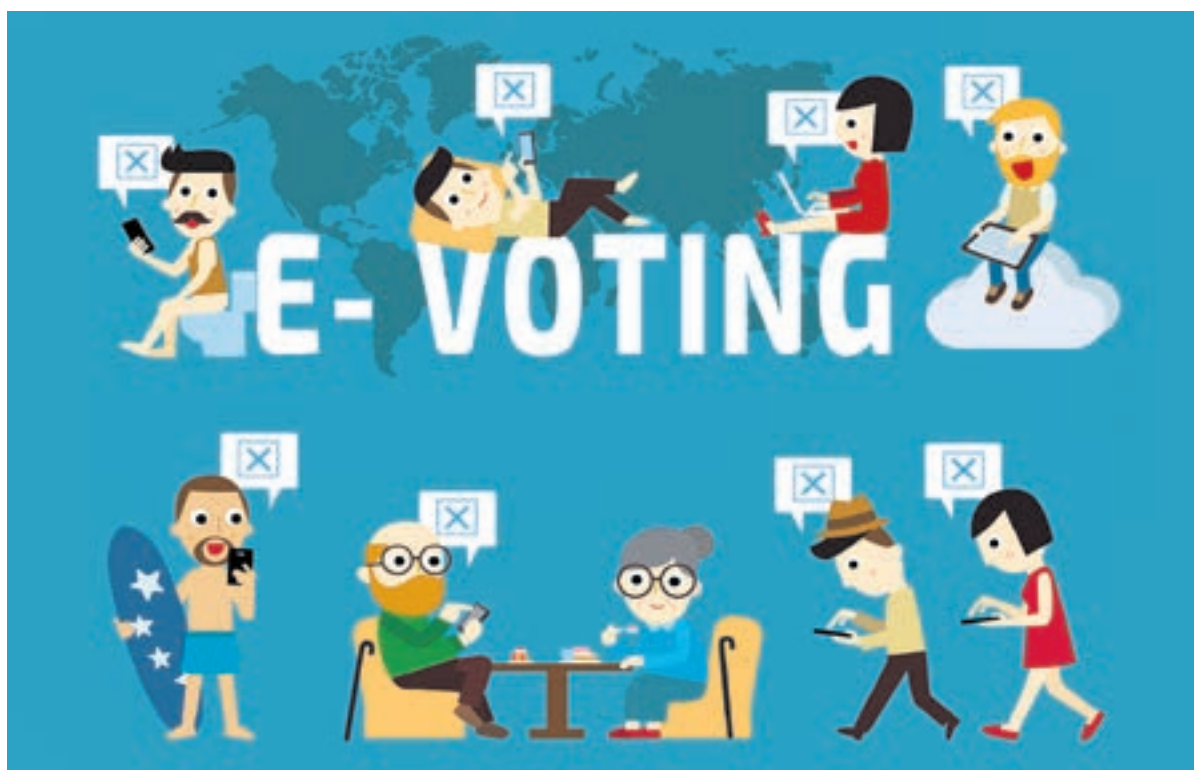
Der Bundesrat stellt die Weichen richtig

Anfang April hat der Bundesrat beschlossen, die nächsten Schritte zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Stimmabgabe umzusetzen. So will er die bisherige Versuchsphase in den ordentlichen Be-

prozesses der Stimmabgabe könnte auf die Zustellung physischer Dokumente (Stimm- und Wahlzettel, Stimmausweis und -couvert, Erläuterungen) gänzlich verzichten werden.

Digitalisierung als Kernelement liberaler Forderungen

Innerhalb der FDP setzt sich die Gruppierung Service Public stark für einen schlanken Staat ein. Die Digi-



E-Voting macht allen und überall Abstimmen und Wählen zugänglich.

findet für jüngere Leute also nicht nur statt, indem sie handschriftlich ein Dokument ausfüllen müssen, sondern, dass sie dieses – zumindest in gewissen Kantonen – auch noch frankieren müssen. Hier besteht die Hoffnung und Erwartung, dass sich junge Leute intensiver am politischen Geschehen beteiligen würden, hätten sie

trieb überführen. «Künftig soll das elektronische Stimmen und Wählen als gleichwertiger Kanal neben der Urne und der brieflichen Stimmabgabe etabliert werden», wie der Bundesrat schreibt. Ebenfalls hat die Regierung beschlossen, Schritte zur papierlosen Stimmabgabe anzugehen. Durch die komplette Digitalisierung des

Prozesses der Stimmabgabe könnte auf die Zustellung physischer Dokumente (Stimm- und Wahlzettel, Stimmausweis und -couvert, Erläuterungen) gänzlich verzichten werden. Innerhalb der FDP setzt sich die Gruppierung Service Public stark für einen schlanken Staat ein. Die Digitalisierung von Abläufen zwischen Bevölkerung und Bund ist dabei ein zentrales Anliegen. Gerade Bundesangestellte erleben die vielen bürokratischen Leerläufe und komplizierten Vorgehensweisen an vorderster Front und sind daher bestrebt, eine möglichst bürgernahe und einfache Verwaltung zu ermöglichen.

FDP

Die Liberalen

SAVE THE DATE

Tag der FDP

2. September 2017

10:30 – 16:00 Uhr

Strand von Auvernier, NE

- Geniessen Sie einen spannenden Tag voller Erlebnisse am Ufer des Neuenburgersees.
- Es erwartet Sie ein abwechslungsreicher Event für die ganze Familie.

Die Einladung erhalten Sie bald per Post.



Freiheit



Gemeinsinn



Fortschritt